

1945 hat kein Ende**»Vom Verschwindenlassen, Ausbuddeln, Verdrehen und Ausnutzen einer unrühmlichen Vergangenheit«**

Quelle: Kalenderredaktion – Antifa-Kalender 2005

Sechzig Jahre ist es her - zum 60. Mal jährt sich dieses Jahr ein Tag, der für Millionen Menschen in Europa und auf der Welt die Befreiung vom Nationalsozialismus beziehungsweise von der nationalsozialistischen Besatzung steht: der 8. Mai.

In diesem Artikel soll es nicht um diesen Tag gehen. Es soll um das gehen, was sich nach diesem Tag bis heute in den deutschen Ländern so abgespielt hat - eben wenn es darum ging (und geht) über die Zeit davor zu reden. Es wird hier aber nicht etwa von Nazikontinuitäten oder von neofaschistischen Strukturen die Rede sein. Vielmehr soll hier ein kleiner Einblick gegeben werden in etwas, das heute von einigen Leuten „Die 2. Geschichte des Nationalsozialismus“ genannt wird. Das heißt, etwas konkreter: wie ist nach 1945 in Politik und Gesellschaft mit dem Erbe des deutschen Faschismus umgegangen worden? Welche Auseinandersetzungen gab es, wie wurde geschwiegen, wer hat zu sprechen versucht, wie wurde offiziell damit umgegangen? Wie waren die Entwicklungen im Laufe der Jahre?

Es gibt verschiedene Felder, in denen ein Umgang oder auch ein Nicht-Umgang mit der unmittelbaren Vergangenheit statt gefunden hat: Die politisch-juristische Ebene, die wissenschaftliche Auseinandersetzung, die öffentliche Erinnerungskultur, individuelle Erinnerung und persönliche Weitergabe, ästhetische und mediale Verarbeitung.

Im Folgenden werden aus einigen Bereichen wichtige Punkte heraus gegriffen und die Entwicklung(en) seit 1945 chronologisch aufgezeigt. Es wird sich hier erstmal auf Westdeutschland und die BRD nach 1990 bezogen. Klar ist, dass die DDR gerade bezüglich dieser Thematik eine gänzlich andere Geschichte hat. In einem kurzen Abschnitt wird darauf am Ende gesondert eingegangen.

Bevor es mit konkreten Beispielen weiter geht, sollen hier erst noch mal ein paar »theoretische« Hintergründe geklärt werden. So sind zunächst einmal mehrere Bereiche zu nennen, die Formen eines direkten Umgehens mit der NS-Vergangenheit bedeuten: als alles überschattende Form, die für die große Mehrheit der Deutschen gilt: Das Verdrängen und Verschweigen - das Vergessen, Übertünchen und Verzerren alles Geschehenen, das nicht als Heldengeschichte oder Opferdrama weitererzählbar war. Eng hiermit verwoben ist die fehlende Scham für die begangenen Verbrechen und (Mit)Verantwortung sowie das Ausbleiben der Trauer für die Opfer. Dies alles wurde von Ralph Giordano, Schriftsteller aus Hamburg, einmal sehr treffend als »Die zweite Schuld« genannt.

- eine andere Form ist die Aufrechterhaltung von Nazi-Ideologie und das Weiterbetreiben solcher Politik: Das sind also die Nazi-Kontinuitäten, die sich strukturell, mental wie personell manifestier(t)en. Was die Konstitution der bundesrepublikanischen Gesellschaft bis heute prägt, wenn auch immer versteckter, sind Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus, kulturelle und soziale Spießigkeit - zwar keine per-se-Nazieigenschaften, aber in den Jahren 33-45 bis ins Unendliche radikalisiert praktiziert.

- Formen politischer, sozialer wie kultureller Antworten der Gegenseite (Verfolgte und WiderstandskämpferInnen). Hierzu sind zu zählen: Antifaschismus, Pazifismus, Mobilisierungen gegen Antisemitismus, kulturelle Aufbrüche, Generationsrebellionen. Aber auch konkrete Forderungen und Kämpfe wie um Entschädigung, »Wiedergutmachung« oder überhaupt Anerkennung als Verfolgte des Naziregimes.

Zum ersten Punkt ist nachzutragen, dass der Komplex Erinnerung und Gedächtnis und Schweigen eine enorme Bedeutung für das allgemeine Selbstverständnis einer Gesellschaft hat und sich dies auch in Politik und konkretem (Nicht)Handeln wider spiegelt: Das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft ist Teil der sozialen Basis auch in Bezug auf politische Einstellungen, denn dieses Gedächtnis enthält Gruppenlegenden, die als Meinungen und »Wissen« über die individuelle Erinnerung hinaus in den Köpfen der einzelnen vorhanden sind. Hierzu gehört z.B. die Überzeugung vieler Deutscher, sie hätten nichts von der Verfolgung und Vernichtung der Juden und Jüdinnen gewusst. Dazu kommt das Bild, die Mehrheit der Deutschen hätte mit dem NS eigentlich nichts am Hut gehabt, sondern lediglich in der Situation nicht anders handeln können. Haben sie sich doch »was zu Schulden kommen lassen«, dann natürlich nur, weil sie irgendwie »in die Sache verstrickt« waren oder da »so rein geschliddert« sind.

Zum Punkt Schweigen, oder auch: Vergessen, Verdrängen, Verzerren gilt es weiter zu differenzieren: Eine Bandbreite von Erklärungen und Mythen, die sich auf die unmittelbare Vergangenheit bezogen, sind nach 1945 aufgetaucht, von denen einige sehr weit verbreitet waren und zum Teil bis heute sind: Der Nationalsozialismus wurde auf seine staatliche Ebene reduziert. Die Nazis waren also nur die NSDAP-Führer und ihre Erfüllungsgehilfen aus SA und SS. Der Rest der Bevölkerung, oder gar die Wehrmacht, haben hiernach keine persönliche Schuld auf sich geladen. Schlimmstenfalls hatte man ja »nur Befehle befolgt«. Daraus ergibt sich das Märchen von der »Stunde Null« als angeblichem Bruch mit dem Nationalsozialismus am 8. Mai 1945 und ein Freispruch für ein unvoreingenommenes Wiederloslegen, für einen frisch-freien Neubeginn und »Wiederaufbau«! Dieses Bild wiederum führt zu einer politischen wie gesellschaftlichen Distanz, die es in Wirklichkeit natürlich nicht gibt. Denn die Schatten der Vergangenheit reichen tiefdunkel bis in die heutige Gegenwart.

- »Wir haben von all dem nichts gewusst« - dazu bedarf es wohl keiner weiteren Erklärung.

- »Und wenn wir was gewusst haben? Ja was sollten wir denn machen? Man konnte ja nichts tun, dann hätte man ja sein Leben riskiert...«. Gegen diese Aussage soll ohne Kommentar die Aussage einer slowenischen Partisanin gestellt werden, die zu ihrem Widerstand gegen die Nazis sagte: »Was hätten wir denn sonst tun sollen?«

Dies sind Aussagen, die wir wohl alle schon mal gehört haben. Sicher ist aber, dass diesen Lügen zunächst einmal das Schweigen bezüglich Schuld und Verantwortung zugekommen ist. Es bildete sich gleich im Mai 1945 eine Art selbst verordneten Gesellschaftskonsens. Konsens in soweit, als dass unter dem Nicht-Sprechen und So-tun-als-sei-nichts-geschehen fast alle unterkommen konnten. Wichtig ist aber in diesem Kontext zu bemerken, dass das Schweigen eben nicht total war. Vielmehr wurde »ununterbrochen vom Krieg gesprochen« (Michael Klundt) - aber eben vom Landleben, von der Kriegsgefangenschaft, von den Nächten in den Luftschutzbunkern unter Bombenhagel, von Flucht und Vertreibung. Es wurde über das gesprochen, geschrieben, Filme gedreht, was dem volksdeutschen Konsens genehm war. Für die 50er und beginnenden 60er Jahre lässt sich deutlich sagen: Die westdeutsche Gesellschaft ließ sich von der »Bleierne Zeit« verschlucken. Theodor W. Adorno schrieb 1959, dass »die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen ausartete...«.

Nach dem Mai 1945 gab es natürlich von den alliierten Besatzungsmächten diverse Versuche und Formen mit den Nazi-Deutschen umzugehen. Darunter fallen Entnazifizierungsmaßnahmen, die neben dem Versuch, Nazis aufzudecken, allgemein auf »Umerziehung«

zielten (Re-Education hieß das bei den US-AmerikanerInnen): aufklärende Filme, Veranstaltungen, Ausstellungen, aber auch Zwangsbesuche von ehemaligen KZs. Schnelle Prozesse, wie die Nürnberger Prozesse, wurden durchgeführt, bei denen alle Nazigrößen, derer man habhaft werden konnte, vor ein alliiertes Gericht gestellt wurden. Allerdings muss dazu auch gesagt werden, dass es bereits in den 50er Jahren, also mit dem Beginn des Kalten Krieges, die ersten großen Amnestie-Verfahren gab und die meisten verurteilten Nazis begnadigt wurden. Entlassene aus dem Staatsdienst (JuristInnen, LehrerInnen, PolizistInnen etc.) wurden wieder eingestellt und damit rehabilitiert, es gab sogar Entschädigungen für entlassene Beamte. Die verschiedenen Maßnahmen bis Mitte der 50er Jahre, die so schnell vorüber gingen und vor allem dem Kalten Krieg geopfert wurden, hatten viele Deutsche glauben lassen, das Kapitel 33-45 sei abgeschlossen.

Verschiedene Faktoren aber ließen ein ruhiges Verbuddeln und Kaschieren der Vergangenheit im Laufe der Jahre nicht mehr still schweigend zu. Das Schweigen wurde hier und da immer vehementer aufgebrochen und es kam zu neuen Formen der Auseinandersetzung. Die Geschichte ließ sich nicht mehr einfach so ablegen. Über das hinaus, was im Folgenden beschrieben wird, wirkten und kämpften natürlich auch schon in den 50er und 60er Jahren antifaschistische Initiativen und Verbände - wie etwa die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA). Die sollen hier zunächst einmal als kleine aufrechte Stimme bezeichnet werden, die schon immer da war (genau wie es einen Widerstand im NS gegeben hat). Zu den anderen Ereignissen: Eine antisemitische Anschlagswelle Weihnachten 1959 bis Januar 1960 (über 700 Anschläge wurden offiziell bekannt; sie folgten einem Anschlag auf die Kölner Synagoge) mobilisierte vor allem StudentInnen zu Nachforschungen z.B. über die Vergangenheit ihrer Professoren.

Der Prozess gegen die NS-Größe Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem wurde weltweit und eben auch in der BRD verfolgt. Hiermit verbunden ist auch die Auseinandersetzung mit dem Bild von den Tätern. Nirgends wurde in der prägnanten Form deutlich, dass ein Mann, der in den Köpfen der Menschen als Monster, als Symbol für den Nazi als absolut böser Mensch herumschwirrte, in Wirklichkeit ein »ganz normaler Deutscher« war. Die Philosophin Hanna Arendt titulierte diesen Fakt als »Banalität des Bösen«, was heiß diskutiert wurde und bis heute wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung ist.

Der Auschwitz-Prozess fand ab Mitte Dezember 1963 bis August 1965 statt. Hier standen diesmal nicht die »hauptverantwortlichen« Nazigrößen vor Gericht, sondern die Verwalter und Exekutoren des organisierten Verbrechens der Vernichtungslager.

Mitte der 60er bis Ende der 70er Jahre lief im Bundestag die Debatte um die Verjährungsfristen für Verbrechen wie Mord, Totschlag, usw. Dabei wurde 1969 entschieden, dass Völkermord nicht verjährt und zehn Jahre später, dass Mord ebenfalls nicht verjährt.

Die Debatte um die Installierung der Notstandsgesetze begleitete die 60er Jahre und führte zu einer recht breiten sozialen Gegenbewegung.

Der Erfolgsboom der NPD auf Länder- und Bundesebene Mitte bis Ende der 60er Jahre führte über die Auseinandersetzung mit Neo-Faschismus auch zu einem neuen Blick auf die Vergangenheit und deren Kontinuität.

Die große Koalition zwischen CDU und SPD führte zu einer Stärkung der außerparlamentarischen Opposition. Zusammen mit der Anti-Vietnam-Kriegs-Mobilisierung und anderen Faktoren, führte dies schließlich zu einer sozialen und antiautoritären Revolte vor allem von jungen Leuten Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre. Hier wurde auch eine, wenn auch unkonsequente, Konfrontation mit der Nazi-Eltern-Generation geführt.

Vergessen werden darf aber auch nicht, dass im Laufe der Jahrzehnte die Nazi-Generation von den offiziellen Bühnen der Politik und Gesellschaft abtraten und also auch personell neue Einflüsse wirken konnten. Gerade bei der Strafverfolgung wird das deutlich. Ab den 70er Jahren kamen verstärkt Medienereignisse hinzu, die offene Debatten auslö-

sten: Da ist z.B. der US-amerikanische Vierteiler »Holocaust« zu nennen, der 1979 im bundesdeutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Er sorgte für mehr Reaktionen in der Bevölkerung, als alle Appelle, Demos, Gerichtsverfahren etc., zuvor.

Zuletzt sind auch politisch-wissenschaftliche Debatten zu nennen, die über einen kleinen Zirkel hinaus in der Öffentlichkeit Wellen geschlagen haben. Da war Mitte der 80er Jahre der so genannte Historikerstreit, angefangen von dem ultra-konservativen Ernst Nolte, der den NS als »Antwort auf die verbrecherische Politik Sowjetrusslands« darstellte. Es folgten in den 90ern bis ins neue Jahrtausend u.a. der Streit um Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker«, das die Verstrickung von »normalen Deutschen« in den organisierten Massenmord thematisierte; die »Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht«; Martin Walsers Rede von der »Auschwitz-Keule« bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels und auch die Debatte um den israelischen Autor Finkelstein, dessen antiisraelische Provokationen von deutschen AntisemitInnen dankbar aufgenommen wurden.

Geschichtspolitik - Erinnern und Gedenken als Politik in der Öffentlichkeit

Deutlich wird allein durch die obige Benennung einiger weniger Punkte, wie breit das Feld der Auseinandersetzungen geworden ist. Gucken wir die Entwicklung etwas allgemeiner an, so lässt sich zusammenfassend über das Gedenken und Erinnern in diesem Land sagen:

Es war zunächst deutlich eine gesellschaftliche Randerscheinung. Es war die Sache der Verfolgten und Überlebenden selbst. Die Verfolgung und Vernichtung und deren Hintergründe fanden erstmal keinen Raum in der öffentlichen Erinnerung. (Obwohl einige Gedenkorte, v.a. in ehemaligen KZs »schon« in den 50er/60er Jahren errichtet wurden, aber eben auch nur auf Druck der Opfer selbst). Erst in den 70er Jahren änderte sich die gesellschaftliche Situation in bezug darauf - eben als Folge der Revolten der 60er/70er Jahre und der folgenden Liberalisierungen und Modernisierungen in der Gesellschaft. Auf- und Entdeckungen folgten Taten wie das Errichten von Mahnmalen, Erstellen von Dokumentationen, Unterstützen von Gedenkstätten und Projekte zur Bildung und Aufklärung.

Parallel zu diesen Bemühungen wurden auch auf offizieller staatlicher Seite langsam andere Saiten aufgezogen, zum Großteil natürlich angeschoben von den zuvor genannten Initiativen. Das Gedenken „konnte in einen breiteren politischen Rahmen gestellt und zum Staatsakt werden“ (Michael Y. Bodemann). 1978 wurde mit so einem Staatsakt zum ersten Mal den Novemberpogromen von 1938 gedacht, was quasi der Beginn der staatlichen Einverleibung des Gedenkens war. Der Staat platzierte sich einfach selbst an führende Stelle, als wäre es nie anders gewesen. In den 80er und 90er Jahren wurde über die „Eckdaten“ des NS, des Holocaust und des II. Weltkrieges eine - immer groß medial aufbereitete - staatliche Gedenkkultur etabliert. Über diese sollte eine „neue deutsche Offenheit“ dem „dunklen Kapitel“ der eigenen Geschichte gegenüber in die Welt posaunt werden. Zum 8. Mai 1985 benannte Weizsäcker als Staatspräsident zum ersten Mal öffentlich die deutsche Schuld.

Verdrängen und Schweigen wurden also durch das in Kraft setzen eines geregelten, kontrollierten und ritualisierten Bekennens ersetzt.

Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, dass parallel dazu verschiedene Angebote zur Bedürfnisbefriedigung des Tätergedenkens und konservativer Anschauungen erhalten blieben: Gedenkfeiern wie der Volkstrauertag, Kriegerdenkmäler, aber auch die Namen von Straßen, Schulen, Kasernen. Eines der offensichtlichsten Beispiele ist das Kranzniederlegen von Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan 1985 in Bitburg - vor den Gräbern von Soldaten verschiedener Länder, darunter auch deutsche Waffen-SSler. Aber auch die Abwehr von Entschädigungszahlungen an die Opfer, die Angriffe auf die

Wehrmachtsausstellung und die weiter aufrecht erhaltene Zahlung von Kriegsrenten an SS-Angehörige und andere Kriegsverbrecher sind konkrete Fakten.

DDR

Zur DDR sollen hier nur ein paar wichtige Momente bezüglich der Thematik genannt werden. Da deren Geschichte anders verlaufen ist als in der BRD, würde eine genauere Beschreibung hier den Rahmen sprengen.

Das Selbstverständnis der DDR war von Beginn an das eines antifaschistischen Staates, dessen GründerInnen an der Seite der Sowjets gegen den Faschismus gekämpft hatten. Von der Besetzung der Sowjets bis zur Gründung der Republik gelang nach dem Gründungsmythos eine grundlegend erfolgreiche Entnazifizierung. Alle Nazis und Kriegsverbrecher wurden demnach konsequent verfolgt und dann verurteilt, der Nationalsozialismus somit »ausgerottet« (DDR-Verfassung 1974), die Menschen in antifaschistische und sozialistische neue Menschen umgewandelt und damit das Problem der Vergangenheit beseitigt. Die DDR war zwar aktiver und konsequenter bei der Verfolgung und Bestrafung von Nazi-Funktionären und der Nicht-wieder-Zulassung von Nazis in Staats- und Regierungsämter, der Rest der Bevölkerung wurde jedoch ohne tiefer gehende Auseinandersetzung zu einer »antifaschistischen, sozialistischen Volk« umgestempelt. Nach 1949 war die Verantwortung und Schuld der meisten DDR-BürgerInnen im Nationalsozialismus kein Thema mehr. Dies galt für alle BewohnerInnen der DDR, gleich welche Position sie vor 1945 inne hatten und auch für die nachfolgenden Generationen. Man (außer den oben genannten Nazi-Funktionären) konnte sich also ohne eigene und tief gehende Auseinandersetzung auf die richtige Seite stellen - frei gesprochen von individueller Schuld und Verantwortung. Statt dessen wurde mit großem Einsatz auf Nazi-Kontinuitäten in der BRD und auf deren Rolle als kapitalistisch-imperialistische Nachfolgerin des NS-Staates hingewiesen.

Über eine sehr massive Inszenierung von kulturellen Vermittlungsformen (Mahnmale, Gedenkfeiern, Literatur, Filme) wurde der antifaschistische Gründungsmythos in das kollektive Selbstverständnis der DDR-Gesellschaft und somit in deren kollektives Gedächtnis eingepflanzt. Und dieser Gründungsmythos bestand vor allem aus der Entstehung der DDR aus dem antifaschistischen Widerstand, was sich auch an Inhalten und Symboliken der Gedenkstätten und anderer Erinnerungsorte wider spiegelte: Gedacht wurde dort schwerpunktmäßig dem antifaschistischen Widerstand, vor allem den KommunistInnen. Die anderen Opfergruppen und die Shoah als besondere Verfolgung wurden nicht oder nur am Rande benannt. Dies geht einher mit der Analyse des Faschismus als eine besonders brutale Erscheinungsform des kapitalistischen Imperialismus. Die Besonderheiten des deutschen Faschismus wurden somit unter den Tisch fallen gelassen. In der DDR war die Shoah in den 50er Jahren kein Thema. Mit dem Eichmann-Prozess 1961 wurde dann offiziell vor allem die Kontinuität des Antisemitismus in der BRD verurteilt, zumindest kam es aber auch zu einer Thematisierung der Shoah. Ab den 70er Jahren gab es mehr Versuche, die einseitige Sicht auf die Vergangenheit zu kritisieren, u.a. wurde von Kirchen auf Antisemitismus in der DDR aufmerksam gemacht. Offizielles zu dem Thema wurde aber erst mit der Auflösung der DDR mehr und mehr verlautbart. So schien Erich Honecker 1988 die Bereitschaft zu zeigen, auch die jüdischen Opfer des NS zu entschädigen. Im selben Jahr wurde den Opfern der Novemberpogrome von '38 mit grossem Aufwand gedacht und es gab Versuche, ein besseres Verhältnis zur jüdischen Welt aufzubauen. Kurz vor dem Ende der DDR nahm die SED-Führung ihren Anspruch auf eine »saubere Weste« bezüglich des Vergangenheitsverhältnisses zurück und verstand sich nicht mehr als »Sieger der Geschichte«.

Ein neues großes Deutschland sucht nach einer integren Vergangenheit

Enden soll der Artikel mit ein paar Aspekten zur politischen Bedeutung und Instrumentalisierung des Gedenkens in den letzten 15 Jahren. Die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Deutschlands nach 1989 und die damit wieder mögliche Erlangung einer gewissen Großmachtposition, verstärkte die Notwendigkeit der Installation des »enttabuisierten Erinnerens« seitens der offiziellen Politikakteure. Mehrere Ereignisse sind dafür beispielhaft. Die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die ermordeten JüdInnen Europas in Berlin wurde 1992 vom Bundestag akzeptiert und ein Holocaustgedenktag, der Tag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar wurden beschlossen. 1995 wurde zum »Super-Gedenkjahr«. Und Ende der 90er wurde nach jahrelangem Ringen eine »Entschädigung« der ZwangsarbeiterInnen durch Staat und Wirtschaft zugestanden. Das neue Deutschland baut sich also eine positive Repräsentierbarkeit auf internationalem Niveau, ganz nach dem Motto: »O.K. wir haben Fehler gemacht, aber jetzt bekennen wir uns zu unserer Schuld und Schwamm drüber«. Mit dieser Haltung muss nicht mehr Verschwiegen werden, was passiert ist. Das Bekennen wird als neue Stärke propagiert. Auschwitz wird nicht länger ausgeschlossen, sondern eingeschlossen und damit benutzt, um einen unendlich pervertierten Beitrag zur Rückkehr zum »aufrechten Gang« zu leisten. Gedenken wird zur »Selbstreinigung« und zu neuem deutschen Kulturgut. »Diese neue Geschichtsideologie lässt sich als Entlastungs- und Entschuldungs- Standortnationalismus bezeichnen. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zum schlichten Revisionismus um eine reibungsfreiere und standortgerechtere Instrumentalisierung der jüngeren Geschichte für die (zukünftige) deutsche (Außen)Politik« (Michael Klundt).

Eines der krassesten Beispiele in diesem Zusammenhang war die Argumentation für den ersten militärischen Auslandseinsatz der Bundeswehr in Jugoslawien 1999. Mit dramatisch inszenierten Reden und unter dem Slogan »Nie wieder Auschwitz!« wurden der Angriffskrieg und die deutschen Bomben auf Serbien gerechtfertigt. Aus der eigenen Schuld - der »historischen Verantwortung« - wird die »Verpflichtung« zur Militarisierung der eigenen Außenpolitik abgeleitet. »Endlich (...) ging ein deutscher Traum in Erfüllung: daß die Deutschen in einem Krieg auf der richtigen Seite stehen und den Krieg auch gewinnen« (Edgar Wolfrum).

Wohin man guckt, fällt in diesem Zusammenhang auf, dass die meisten Deutschen meinen, sie könnten die Geschichte bewältigen - daher auch der Begriff der »Vergangenheitsbewältigung«. Als könnte man »das Böse« ein mal schlucken, verdauen, ausscheiden und damit hinter sich lassen. Und das wollen nach Umfragen etwa die Hälfte aller Deutschen. Im Gegensatz zum »Schlusstrich« unter Schuld und Verantwortung, wird aber in breiten Teilen der Gesellschaft auf die Aufrechterhaltung der (durch den NS unendlich geförderten) Deutschtugenden bestanden: Obrigkeitshörigkeit, Disziplin, Härte, Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung - unterlagert von einem völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Themen, die schon im Mittelpunkt des selbst bezogenen Wundenleckens nach der militärischen Niederlage standen (Kriegsschäden, Bombenkrieg, Gefangenschaft, Besatzung, Vertreibung) stehen seit ein paar Jahren in direkter medialer Konkurrenz zu Berichten über Angriffskrieg und Shoah. Zur Zeit gelingt ihnen ein neuer Anwesenheits-Boom in der Öffentlichkeit (Literatur, TV, Gedenkfeiern, Debatten, deutsche Entschädigungsforderungen), der von den PredigerInnen des neudeutschen Selbstbewusstseins auch noch als überfälliger Tabu-Bruch verkauft wird. Dies ist nicht von ungefähr lanciert, sondern ganz strategisch, um eben den Zweiten Weltkrieg und den NS von seiner wirklichen politischen und historischen Dimension abzutrennen

und zu banalisieren und schließlich ein Gewusel aus »alle-wurden-irgendwie-zu-Opfern-und-waren-vielleicht-auch-ein-bisschen-Täter« entstehen zu lassen. Hier wird Revanchismus betrieben, der seine Hände in Unschuld zu waschen scheint, denn: er schließt nicht mehr die Benennung der »anderen« Opfer aus, sondern stellt die »eigenen« einfach an die Spitze des »Opferbergs«. Der Krieg wird so zu einem Monstrum stilisiert, in dem auch alle irgendwie in Schuld verwickelt werden - auf »politische, historische und juristische Begriffe und deren Bestimmungen« (Kurt Pätzold), soll von nun an besser verzichtet werden. Dies ist wohl nicht zu letzt auch als Teil einer allgemeinen Entpolitisierung des politischen und sozialen Lebens zu sehen, die auch zur Abschaffung jeglichen sozialen und solidarischen Gedankens in dieser Gesellschaft beiträgt.

Die Literatur zu diesem Komplex ist unendlich, so scheint es. Geschuldet unter anderem auch dem Fakt, dass Erinnerung und Vergessen in diversen Wissenschaftszweigen in den 90ern zu einem Hip-Thema avancierte. Hier Literatur zu empfehlen, fällt daher schwer. Wir wollen daher hier nur auf zwei recht neue Sammelbände aufmerksam machen, die sich beide dem Komplex aus aktueller Perspektive und sehr (staats)kritisch nähern und auch gerade AntifaschistInnen eine gute, komprimierte Analyse und Argumente liefern.

Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel (Hg.):

Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Giessen, 2003 (ca. 10 Euro).

Michael Klundt (Hg.): Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs. Köln, PapyRossa, 2004 (13,50 Euro).

Zudem liefern einen schnellen und hilfreichen Überblick zum einen zur »Geschichte der Erinnerung« der BRD und der DDR und zum anderen zur »Gegenwart der Erinnerung« des »vereinten« Deutschlands folgende zwei Artikel eines gleichen Sammelbandes:

Edgar Wolfrum: »Die beiden Deutschland« in: Volkhard Knigge, Norbert Frei (Hg.): Verbrechen erinnern, Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München, Beck, 2002, S. 134-149

Franziska Augstein: »Deutschland« in: ebenda, S. 222-232

Weitere Infos:

www.unrast-verlag.de

Textsammlung Antisemitismus

unter: <http://unrast-verlag.de/unrast,3,0,82.html>

Hier findet Ihr eine Auswahl von Grundlagentexten, Informationen sowie aktuelle Bücher zum Thema Antisemitismus.

Kalendergruppe

Antifaschistischer Taschenkalender 2005

256 S., 6,50 Euro

ISBN 3-89771-705-0

Seit sechzehn Jahren stets aktuell von undogmatisch aktiven Menschen aus der Bewegung gemacht, ist der Antifa-Kalender mittlerweile ein nicht wegzudenkender Begleiter sowohl für Einsteiger/innen als auch für die Erfahrenen unter den politisch Aktiven.